

Einladung: Pressefreiheits-Ranking von „Reporter ohne Grenzen (RSF)

Am 20.04., ab 11 Uhr, präsentieren Rubina Möhring die Präsidentin und Vorstandsmitglied von RSF-Österreich und Kommunikations-Wissenschaftler Fritz Hausjell im Rahmen einer Online-Veranstaltung (Zoom) die Ergebnisse von 2020.

Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit, teilweise unter Verweis auf die Corona-Pandemie-Bekämpfung, populistische Stimmungsmache und vieles mehr: Das Jahr 2020 war ein düsteres im Sinne der Medienfreiheit.

Im Rahmen der Veranstaltung gibt es Antworten auf brisante Fragen: Wie schneidet Österreich nach dem 18. Platz im Vorjahr heuer ab, verschlechtert sich der Status noch einmal? In welchen Staaten ist die Pressefreiheit besonders bedroht?

Danach wird über die Situation der Medien in Österreich diskutiert, (voraussichtlicher) Gast dabei: Puls24-Journalistin und -Moderatorin Alexandra Wachter.

Wir ersuchen Sie um Ihre Anmeldung bis Mo., dem 19.04., 12 Uhr unter nachfolgendem Link: <https://forms.gle/gPgJVikqwcnkjGtM6>

Sie erhalten dann Ihren Zoom-Teilnahme-Link. Partner der Veranstaltung ist der Presseclub Concordia.

Rückfragen

Mag. Paul Buchacher

Reporter ohne Grenzen (RSF) Österreich

Reporters Without Borders Austria

Helferstorferstraße 5, 1010 Wien

info@rog.at

www.rog.at@pressefreiheit

PA: WM 2022 in Katar: FIFA muss faire Arbeitsbedingungen einfordern

Amnesty International meldet die Ausbeutung und Misshandlung von Arbeitsmigrant*innen in Katar im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2022 und fordert mit einer Petition an die FIFA den Schutz der Rechte von Arbeiter*innen.

London / Wien (22. März 2021) – Im Vorfeld der Qualifikationsrunde für die Fussballweltmeisterschaft 2022 in Katar fordert Amnesty International die FIFA auf, ihren Einfluss auf die katarischen Behörden geltend zu machen, um den Missbrauch von Arbeitsmigrantinnen und -migranten zu stoppen.

„Diese Fußballweltmeisterschaft wäre ohne Arbeitsmigrant*innen schlicht nicht möglich. Das Leben vieler Arbeiter*innen in Katar ist jedoch von Missbrauch und Ausbeutung geprägt“, sagt Steve Cockburn, Experte für wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit bei Amnesty International.

„Als Veranstalterin der WM ist die FIFA nach internationalen

Standards dafür verantwortlich, die mit dem Turnier verbundenen Risiken für Menschenrechtsverletzungen zu minimieren. Die Qualifikationsspiele dieser Woche zeigen, dass das Zeitfenster, in dem die FIFA Einfluss auf Katar nehmen kann, immer kleiner wird. Sie muss jetzt handeln, um sicherzustellen, dass die Weltmeisterschaft 2022 ein Turnier ist, auf das man stolz sein kann und nicht eines, das in erster Linie durch die Verletzung der Rechte von Arbeiter*innen von sich reden macht.“

Reformen unzureichend umgesetzt

Katar hat in den letzten Jahren zahlreiche positive Reformen auf den Weg gebracht, und damit zum Teil auf die erhöhte Aufmerksamkeit nach der Vergabe der Fußballweltmeisterschaft reagiert. Die Reformen werden jedoch allzu häufig nur unzureichend umgesetzt.

Kürzlich hat Katars Schura-Rat, ein beratendes Gremium, eine Reihe von Empfehlungen vorgelegt, die – sollten sie von der Regierung angenommen werden – einen Großteil der durch die Reformen erzielten Fortschritte wieder zunichtemachen würden, u. a. durch die Wiedereinführung von Einschränkungen der Rechte von Arbeitnehmer*innen, ihren Arbeitsplatz zu wechseln und das Land zu verlassen.

FIFA muss Einfluss nutzen

Am 15. März hat Amnesty International die FIFA in einem Schreiben an FIFA-Präsident Gianni Infantino aufgefordert, ihren internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen.

Gemäß den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte muss die FIFA sicherstellen, dass die Menschenrechte bei der Organisation und Durchführung der Weltmeisterschaft geachtet werden. Dazu zählen u. a. eine eigene, unabhängige und regelmäßige Kontrolle der WM-Projekte und -Standorte sowie die Wahrung der Sorgfaltspflicht, um Menschenrechtsverletzungen im

Zusammenhang mit dem Turnier zu erkennen und zu verhindern. Insbesondere trägt die FIFA die Verantwortung dafür, dass Arbeiter*innen für alle Schäden, die sie im Rahmen der bisherigen WM-Projekte erlitten haben, in Zusammenarbeit mit den katarischen Behörden und anderen relevanten Interessengruppen angemessen entschädigt werden.

„Die FIFA muss ihren Einfluss nutzen, um Katar dazu zu bewegen, bestehende Reformen unverzüglich umzusetzen und Vorschläge, die Arbeiter*innen ihre neu erworbenen Rechte nehmen, abzulehnen“, so Steve Cockburn.

Fußballfans aufgefordert sich für die Rechte der Arbeiter*innen einzusetzen

Amnesty International ruft Fußballfans weltweit dazu auf, sich für Arbeitsmigrant*innen in Katar einzusetzen und die Amnesty-Petition an die FIFA zu unterzeichnen und zu teilen. Amnesty fordert die FIFA auf, alles zu tun, um die Bedingungen für jene Arbeiter*innen zu verbessern, ohne deren Arbeit das Turnier gar nicht stattfinden könnte. In 27 Ländern, darunter auch Österreich, hat Amnesty International im November 2020 auch die jeweiligen nationalen Fußballverbände aufgefordert, sich für die Rechte von Arbeitsmigrant*innen einzusetzen.

Amnesty erkennt die Schritte an, die von der FIFA in den letzten Jahren unternommen wurden, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Dazu gehören beispielsweise die Veröffentlichung von Leitprinzipien zu Menschenrechtsfragen 2017 und einer gemeinsamen Nachhaltigkeitsstrategie für die FIFA Fußball-WM 2022 im Oktober 2019. Die FIFA hat sich dazu verpflichtet, ein „Vermächtnis erstklassiger Standards und Praktiken für die Arbeiter*innen in Katar und weltweit“ zu hinterlassen, doch das anhaltende Problem schwerwiegenden Arbeitsmissbrauchs zeigt, dass es noch viel zu tun gibt.

Hintergrund

Insgesamt 2,3 Millionen Arbeitsmigrant*innen verdienen in Katar ihren Lebensunterhalt, sie stellen dabei 95 Prozent der Arbeitskräfte.

Rund 20.000 davon arbeiten auf den WM-Baustellen im Land. 173.000 Personen, meist Frauen, sind als Hauspersonal angestellt. Viele von ihnen leiden unter den nach wie vor schlechten Arbeitsbedingungen: Sie erhalten ihren Lohn oft unregelmäßig, verspätet, oder überhaupt nicht. Bis vor kurzem durften sie nur mit Einverständnis ihrer Arbeitgeber*innen den Job wechseln oder das Land verlassen.

Diese Regelung ist inzwischen zwar gesetzlich abgeschafft, wird aber in der Praxis weiterhin angewandt und die Abschaffung zunehmend erneut in Frage gestellt.

Vor allem Hauspersonal ist trotz einer Gesetzesreform Missbrauch und Ausbeutung ausgeliefert: Hausangestellte müssen bis zu 18 Stunden täglich arbeiten, haben keine Ruhepausen, keinen freien Tag und werden häufig durch ihre Arbeitgeber*innen beschimpft, geschlagen und sexuell missbraucht. Die Täter*innen gehen fast immer straflos aus.

Link zur Petition:
<https://action.amnesty.at/petition/fifa-katar22>

Rückfragen:

Presseteam **Amnesty International Österreich**

Lerchenfelder Gürtel 43/4/3, 1160 Wien

Martina Powell / Gesine Schmidt-Schmiedbauer

+43 664 2359138 / +43 664 4001056

E-Mail: presse@amnesty.at

Veranstaltungshinweis: 20 Jahre Faire Wochen in Niederösterreich

Von 15. April bis 30. Mai präsentieren die Fairen Wochen zum 20. Mal zahlreiche Events und Aktionen im Zeichen der globalen Gerechtigkeit.

St. Pölten/ Wiener Neustadt, 11.03.2021. Seit 2001 thematisiert die Menschenrechtsorganisation Südwind im Rahmen der Fairen Wochen gemeinsam mit dem Land Niederösterreich, Gemeinden, Schulen und Partnerorganisationen den Fairen Handel und globale Gerechtigkeit bei Bildungsveranstaltungen, Gemeinderatssitzungen, Ausstellungspräsentationen, FAIRkostungen sowie Online-Talks und Webinaren.

„Die Coronakrise hat die Bruchlinien unserer vernetzten Welt deutlich aufgezeigt. Lieferketten wurden gekappt und die globalisierte Wirtschaft vor große Herausforderungen gestellt. Daher braucht es heute mehr denn je Aufklärung und Lösungen für mehr globale Gerechtigkeit“, sagt Dr. Ingrid Schwarz, Regionalstellenleiterin von Südwind Niederösterreich. „Wir sind besonders stolz, dass wir heuer bereits zum 20. Mal die Fairen Wochen durchführen können und laden alle Gemeinden, Schulen und Interessierten in Niederösterreich herzlich dazu ein.“ Anmeldungen sind ab sofort online möglich.

Nach 20 Jahren aktuell wie nie

Neben Bewusstseinsbildenden Maßnahmen für Bürger*innen braucht es vor allem gesetzliche Lösungen für Unternehmen. Ob für Mode, Kakao, Lebensmittel oder Elektronik –

Menschenrechtsverletzungen stehen bei globalen Lieferketten weiterhin an der Tagesordnung. Gleichzeitig ist es für Konsument*innen fast unmöglich nachzuvollziehen, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt wurden. „Fairer Konsum braucht strenge Regeln! Die Politik muss einen wirksamen Rechtsrahmen vorlegen gegen Menschenrechtsverletzungen internationaler Konzerne“, sagt Stefan Grasgruber-Kerl, Experte für faire Lieferketten bei Südwind. „Es ist absurd, dass im Jahr 2021 immer noch Produkte in unseren Supermarktregalen stehen, die mithilfe von Kinderarbeit und Ausbeutung hergestellt wurden.“

Neue Petition „Menschenrechte brauchen Gesetze!

Um Menschenrechtsverletzungen und Naturzerstörung entlang globaler Lieferketten rechtlich zu bekämpfen, richtet Südwind die neue Petition „**Menschenrechte brauchen Gesetze!**“ an die Österreichische Bundesregierung. Diese wird darin aufgefordert, einen Entwurf für ein bindendes Lieferkettengesetz in Österreich zu erarbeiten, ein entsprechendes EU-Gesetz zu unterstützen sowie auf Ebene der Vereinten Nationen das verbindliche UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten zu forcieren.

Jetzt Petition unterschreiben:

<https://www.suedwind.at/handeln/petitionen/menschenrechte-brauchen-gesetze/>

Kooperationsanfragen zu den Fairen Wochen, Anmeldungen oder Rückfragen bis 31. März 2021 an Jana Teynor von Südwind Niederösterreich: jana.teynor@suedwind.at

Online-Anmeldung:

<https://www.suedwind.at/niederoesterreich/angebote/faire-wochen/faire-wochen-2021/>

Rückfragehinweis:

Mag.a Jana Teynor, MA, E-Mail: jana.teynor@suedwind.at, Tel.: 0680 1507798

Dr.in Ingrid Schwarz, E-Mail: ingrid.schwarz@suedwind.at

Presse-Einladung: Die Auswirkungen von zehn Jahren Krieg in Syrien auf Kinder und ihre Kindheit

Virtueller Felddesuch in Syrien und Jordanien mit anschließendem Pressegespräch

Wer: Ted Chaiban, UNICEF-Regionaldirektor für den Nahen Osten und Nordafrika, sowie Juliette Touma, UNICEF-Regionalleiterin für Kommunikation, Naher Osten und Nordafrika

Wann: Donnerstag, 11. März 2021 um 14:00 Uhr (CET)

**Wo: Zoom Webinar: <https://unicef.zoom.us/j/93935909193>,
Kennwort: 087469**

*Englische Übersetzung wird verfügbar sein.

Um zehn lange Jahre des Krieges in Syrien zu markieren und die Folgen des Konflikts für Kinder innerhalb Syriens und in den Nachbarländern darzustellen. Der jahrzehntelange Krieg in Syrien hat verheerende Auswirkungen auf Kinder und ihre Kindheit. Innerhalb Syriens gibt es mehr als sechs Millionen

hilfsbedürftige Kinder. Viele von ihnen wurden in den Krieg hineingeboren und kennen nichts anderes als Konflikt, Vertreibung und Verluste.

Allein im letzten Jahr hat sich die Zahl der Kinder in psychischen Notlagen verdoppelt – ein Hinweis auf die lebenslangen Folgen, die der Krieg auf die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden der Kinder in Syrien hat. Die Hälfte der syrischen Kinder geht nicht in die Schule, ihnen wird Bildung vorenthalten. Eine von drei Schulen innerhalb Syriens kann nicht genutzt werden, weil sie beschädigt oder zerstört wurden, vertriebene Familien beherbergen oder für militärische Zwecke genutzt werden.

Die COVID-19-Pandemie hat die Situation der Kinder in Syrien weiter verschärft. Die Zahl jener, die Hilfe benötigen, ist allein im letzten Jahr um 20 Prozent gestiegen. 65 Prozent der Familien gaben an, dass sie ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen können und fast 80 Prozent der Menschen in Syrien leben in Armut.

Mehr als 10.000 Kinder wurden nachweislich getötet oder verletzt, fast 700 Bildungseinrichtungen und -personal sind unter Beschuss geraten, während die Hälfte der Gesundheitseinrichtungen nicht funktioniert. Diese Zahlen sind die Spitze des Eisbergs. Sie ergeben, was die UN seit 2014, als der Verifizierungsprozess eingeführt wurde, belegen konnte.

UNICEF-Regionaldirektor, Ted Chaiban, hat kürzlich Syrien besucht und dort Kinder und Familien getroffen. Auf seiner Reise besuchte er auch das Lager Al-Hol im Nordosten Syriens, wo 22.000 ausländische Kinder in Lagern und Gefängnissen

ausharren.

Der Krieg wirkt sich auch auf die Nachbarländer Syriens aus. 2,5 Millionen Kinder aus Syrien sind dort als Flüchtlinge registriert. Jordanien, der Libanon, die Türkei, der Irak und Ägypten beherbergen mehr als 80 Prozent aller syrischen Flüchtlinge auf der Welt.

Die Reaktion auf die Krise in Syrien in den letzten zehn Jahren ist eine der größten humanitären Operationen in der Geschichte von UNICEF. Allein im letzten Jahr erreichte UNICEF mit Partnern über 3,7 Millionen Kinder mit Lernangeboten, 900.000 Kinder erhielten Routine-Immunistierungen oder Impfungen und 400.000 Kinder psychosoziale Unterstützung in Syrien und den Nachbarländern. Dies ist ein Höhepunkt der Hilfsmaßnahmen, die die UNICEF-Teams vor Ort durchführen.

Um die Hilfe für Kinder und Familien in Syrien und den Nachbarländern im Jahr 2021 fortzusetzen, bittet UNICEF um 1,4 Milliarden US-Dollar.

Über UNICEF

UNICEF, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, setzt sich in mehr als 190 Ländern und Territorien für jedes Kind weltweit ein. Wir arbeiten effizient, transparent und nachhaltig, für das Überleben und Wohlergehen jedes Kindes – ohne Wenn und Aber. UNICEF finanziert sich ausschließlich durch freiwillige Beiträge und wird in Österreich durch das Österreichische Komitee für UNICEF vertreten. Seit 1962 setzt sich UNICEF Österreich für Kinder ein – im Ausland wie im Inland. Um unsere Arbeit fortsetzen zu können, benötigen wir dringend Ihre Unterstützung.

Zur Bestätigung Ihrer Teilnahme, für Fragen im Vorfeld oder für Interviewwünsche: presse@unicef.at

Rückfragen und Kontakt:

UNICEF Österreich, Mag. Lisa Haber, MA., +43 1 879 21 91-45, haber@unicef.at

UNICEF Österreich/UNICEF Austria | Für jedes Kind.

Mariahilfer Straße 176/10

A-1150 Wien/Vienna

T +43 1 879 21 91 – 45

M +43 660 380 74 59

F +43 1 879 21 91 – 9

NEWSLETTER 1/2021: SDG 5: „Geschlechtergleichstellung, Termine

Diesmal mit Recherchematerial und einem Gastbeitrag zum Nachhaltigkeitsziel 5 „Geschlechtergleichstellung“, Infos zu anstehenden Wahlen, Gedenk- und Aktionstagen, sowie Terminen.

- Nachhaltigkeitsziel – SDG 5: „**Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen**“ Recherchetipps, sowie ein Interview zu friedvollem Journalismus von Tania Napravnik

▪ Termine

Geplante Wahlen in Ländern des Südens

Peru: 11. April: Parlamentswahl und Präsidentschaftswahl

Chile: 11. April: Kommunalwahlen in Chile

Ecuador: 11. April: Stichwahl der Präsidentschafts- und Parlamentswahl

Kap Verde: 18. April: Präsidentschaftswahl und Parlamentswahl

Internationale Gedenk- und Aktionstage

8. März: Der **Internationale Frauentag (International Women's Day)** wird seit mehr als 100 Jahren begangen. Am Internationalen Frauentag (teilweise auch Weltfrauentag, Frauenkampftag, Frauenwelttag oder einfach Frauentag genannt) demonstrieren Frauen weltweit für Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung von Frauen.

20. März: Internationaler Nouruz-Tag

Der 2010 durch die Vereinten Nationen (UN) ausgerufene Internationale Nouruz-Tag wurde durch einige Mitgliedsstaaten der UN initiiert, die diesen gemeinsam feiern, u.a. Afghanistan, Albanien, Aserbaidschan, Mazedonien, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Türkei und Turkmenistan. Nouruz, heißt übersetzt „Neuer Tag“. Das Alt-Iranische Neujahrs- und Frühlingsfest wird von mehr als 300 Millionen Menschen am 20. oder 21. März gefeiert und wurde 2009 von der UNESCO in die Liste der Meisterwerke des mündlichen und immateriellen Erbes der Menschheit aufgenommen.

22. März.: Weltwassertag

Er wurde in der Agenda 21 der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro vorgeschlagen und von der UN-Generalversammlung in einer Resolution am 22. Dezember 1992 beschlossen. Die UN lädt ihre Mitgliedsstaaten dazu ein, diesen Tag zur Einführung von UN-Empfehlungen zu nutzen und konkrete Aktionen zu fördern, bei denen es um die Ressource Wasser geht.

24. März: Internationaler Tag für das Recht auf Wahrheit über schwere Menschenrechtsverletzungen und für die Würde der Opfer

Der Tag wurde durch die Vereinten Nationen zu Ehren des Erzbischofs Oscar Arnulfo Romero initiiert, der 1980, an diesem Tag in San Salvador ermordet wurde. Es sollen zudem die Opfer von Menschenrechtsverletzungen und all jene geehrt werden, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen beziehungsweise in diesem Zusammenhang gestorben sind. Erzbischof Romero trat für soziale Gerechtigkeit und politische Reformen in seinem Land ein und stellte sich damit in Opposition zur damaligen Militärdiktatur in El Salvador. Er gilt als einer der prominentesten Verfechter der Befreiungstheologie.

25. März.: Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer der Sklaverei und des transatlantischen Sklavenhandels

Mit diesem Tag setzen sich die Vereinten Nationen dafür ein, der Bevölkerung die Gefahren von Rassismus und Vorurteilen bewusst zu machen.

Der transatlantische Sklavenhandel stellt die größte erzwungene Migration in der Geschichte dar, die sich in einem Zeitraum von über 400 Jahren abspielte. Auch heutzutage ist die Sklaverei ein aktuelles Thema. Viele Millionen Menschen, darunter auch Kinder, fallen dem Menschenhandel zum Opfer und werden als Zwangsarbeiter missbraucht.

27. März: Earth Hour

2021 findet diese ab 20:30 Uhr statt. „Earth Hour“, „Stunde der Erde“ oder auch „Licht aus“ ist der Name einer Umweltschutzaktion, die das Umweltbewusstsein erhöhen sowie Energiesparen und die Reduzierung von Treibhausgasen symbolisch unterstützen soll. Dazu sollen während der Earth Hour die Lichter ausgeschaltet werden. Zahlreiche Städte aus verschiedenen Ländern beteiligen sich an dieser Aktion.

7. April: Weltgesundheitstag

Dieser Tag wurde 1948 von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) beschlossen und findet am 7. April statt. Jedes Jahr wird auf ein global relevantes Gesundheitsthema hingewiesen.

7. April: Internationaler Tag des Gedenkens an den Völkermord

in Ruanda

1994 kamen beim Genozid an den Tutsi zwischen 500.000 und einer Million Menschen ums Leben.

22. April: Tag der Erde

Er findet in über 175 Ländern statt. Die Idee hinter dem auch als Earth Day bezeichneten Aktionstag ist, für einen ökologischen bzw. umweltbewussten Lebensstil zu werben.

12. April: Ramadan

Der islamische Fastenmonat findet 2020 von 12. April bis 12. Mai statt. Das Fest des Fastenbrechens im unmittelbaren Anschluss an den Fastenmonat zu Beginn des Folgemonats Schawal ist nach dem Opferfest der zweithöchste islamische Feiertag.

3. Mai: Internationaler Tag der Pressefreiheit

Mit diesem Tag wird seit 1994 jährlich am 3. Mai auf Verletzungen der Pressefreiheit sowie auf die grundlegende Bedeutung freier Berichterstattung für die Existenz von Demokratien aufmerksam gemacht.

17. Mai. Internationaler Tag gegen Homophobie und Transphobie

Die Initiative zum diesem Tag ging von Louis-George Tin aus, der heute der französischen Sektion der International Lesbian and Gay Association vorsteht. Das Datum wurde zur Erinnerung an den 17. Mai 1990 gewählt, den Tag, an dem die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Homosexualität aus ihrem Diagnoseschlüssel strich.

Veranstaltungen

9. März 2021, 17:00 – 19:00 Uhr: Online-Veranstaltung: **Wirtschaftliches Empowerment von Frauen im Globalen Süden.** Unterschiedliche Startpositionen – verschärfte Rahmenbedingungen von Oikocredit Austria, ega: frauen im zentrum & WIDE.

Drei entwicklungspolitische Akteurinnen geben Einblick in ihr Verständnis von wirtschaftlichem Empowerment und ihre Projektarbeit zur Einkommensstärkung von Frauen in Ländern des Globalen Südens. Welche Erfolge gibt es und welches sind die

größten Herausforderungen auf dem Weg zur Umsetzung des Frauenrechts auf Selbstbestimmung? Welche Rahmenbedingungen dürfen nicht außer Acht gelassen werden, um einen nachhaltigen Beitrag zur Geschlechtergleichstellung zu leisten? Was bedeutet die Corona-Krise für ihre Arbeit?

Registrierung unter diesem Link

11. März 2021 – 13. April 2021: Ausstellung: **Hair Salon**, Afro-Asiatisches Institut Graz, Q1-Galerie, Leechgasse 24, 8010 Graz

Im Hair Salon haben sich Künstler*innen von uniT mit Workshopteilnehmer*innen kreativ dem Thema gewidmet, Geschichten, Ideen und Erinnerungen gesammelt und künstlerisch bearbeitet. Ergänzt wird die Ausstellung durch Beiträge von Künstler*innen aus der regionalen Kunstszene. Die entstandenen Werke laden zu einer Auseinandersetzung mit den vielfältigen Perspektiven ein und machen Bezüge zu kulturellen und gesellschaftspolitischen Themen sichtbar.

Mehr Infos

25. März, 9:30 – 17:00 Uhr: Online **Re-Use-Konferenz zum Thema Textilien** Bei der heurigen österreichischen Re-Use-Konferenz von der ARGE Abfallvermeidung und RepaNet steht die Wiederverwendung von Textilien im Fokus.

Details zu Programm, Vorträgen und Teilnahmegebühren

9. bis 11. April: **Nachhaltigkeitsmesse WeFair**, Marx-Halle, Wien.

Im Mittelpunkt der Messe (bisher WearFair) stehen Angebote und Lösungen für einen ökofairen Lebensstil aus den Bereichen: Mode, Kosmetik, Lebensmittel, Reisen, Innovationen, u.v.m.

Mehr Infos

Save the date: 6. & 20. & 27. Mai 2021, jeweils ab 17 Uhr (bis ca. 19 Uhr): Online- bzw. Hybrid-Veranstaltungen: **Frauen im Tourismus**, Veranstaltungsreihe (online bzw. hybrid) von respect_NFI & fairunterwegs. Gemeinsam mit nationalen und internationalen Expertinnen und Praktikerinnen wird beleuchtet, wie sich die Rollen der Frauen im Laufe der letzten Jahrzehnte verändert haben, warum Frauen-Power für eine nachhaltige Entwicklung des Tourismus so wichtig ist und

wie die COVID-19-Pandemie insbesondere Frauen (be)trifft. Weitere Details folgen! Voranmeldungen sind bereits möglich unter: cornelia.kuehhas@respect.at

Online-Veranstaltung: Unerhört?! Starke Frauen in der Diaspora

Als Beitrag zum internationalen Frauentag 2021 feiert das VIDC, in Kooperation mit Seti Women, IGASUS, Okto TV und das Biber, Frauen aus der Diaspora als wichtige Akteurinnen für eine emanzipatorische gesellschaftliche Veränderung in Österreich.

Montag, 1. März 2021, 19:00 – 21:00 Uhr

Live auf Okto TV und auf dem Facebook Kanal des VIDC

Es gibt viele großartige Frauen, die in Österreich ihre neue Heimat gefunden haben und heute als Künstlerinnen, Politikerinnen, Lehrerinnen, Ärztinnen, Journalistinnen, Unternehmerinnen, Menschenrechtsaktivistinnen, Wissenschaftlerinnen etc. tätig sind. Sie inspirieren und sind Vorbilder für viele Frauen in den migrantischen Communities. Sie spielen bei der Durchsetzung von positiven gesellschaftlichen Veränderungen, eine zentrale Rolle. Allerdings sind diese beeindruckenden Erfolgsgeschichten der

Frauen aus den Diasporas in der Gesellschaft wenig sichtbar.

Am Podium

Esther Maria Kürmayr

Anti Diskriminierungsexpertin , Sozialarbeiterin, Lehrerin, Obfrau des Vereins Schwarze Frauen Community

Ishraga Mustafa Hamid

Politologin, Autorin und Menschenrechtaktivistin, 2020 erhielt sie das Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien

Rojin Ali

Soziologin, Dolmetscherin und Sozialarbeiterin, Diakonie Frauenberatung, Wien

Noreen Mughal

Maturantin, Black Lives Matter, Vorarlberg

Aadilah Amin

Studentin an der Universität Wien, Gründungsmitglied des afghanischen Studenten*innenvereins IGASUS

Moderation: Delna Antia-Tatić

Chefredakteurin, Das Biber

Mehr Info

Online-Diskussion: Wo bleibt die Diversität in

österreichischen Medien?

Weiß, männlich und bildungsbürgerlich: Warum sind Redaktionen nach wie vor so gar nicht divers? Welcher Perspektivenwechsel wäre möglich? Vanessa Spanbauer im Gespräch mit Muhamad Beganović.

Redaktionen in unseren Breitengraden sind nach wie vor zu homogen. Expert*innen betonen, dass die Zusammensetzung die gesellschaftliche Realität nicht widerspiegelt. Während sich große Medien weniger dynamisch zeigen, gründen Journalist*innen und Publizist*innen selbst neue Medienprojekte. Liegt die Lösung in der Nische? Wieviel Power haben neue Initiativen, um den Diskurs zu verändern? Und was lassen sich eigentlich die etablierten Medienhäuser entgehen?

Antworten auf diese Fragen werden im Rahmen der Online-Diskussion am Mittwoch, den 24.2.2020 um 18.30 Uhr erörtert.
Anmeldung

Im Gespräch

Vanessa Spanbauer ist freie Journalistin aus Wien. Sie ist als Chefredakteurin des Magazins „fresh – Black Austrian Lifestyle“ tätig und Redaktionsmitglied beim feministischen Magazin an.schläge. Sie ist Gewinnerin des „Österreichischen Zeitschriftenpreis“ 2016 in der Kategorie „Lifestyle, Gesundheit & Soziale Verantwortung“ für die Story „Generation Schwarz/Weiß – die Kinder der GIs“ / fresh – Black Austrian Lifestyle.

Muhamed Beganović ist Herausgeber und Chefredakteur des Qamar Magazins, die muslimische Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft. 2011 begann er seine Karriere als freier Mitarbeiter beim Biber, der Wiener Zeitung und The Red

Bulletin. Die Schweizer Zeitschrift „Reportagen“ hat ein Recherche-Stipendium nach ihm benannt: das Muhamed Beganovic Recherche Stipendium.

Moderation: Richard Solder, Chefredakteur Südwind-Magazin

Mediengespräch „Impfstoffe und Medikamente“

Woran krankt die globale Herstellung und Verteilung von Impfstoffen und Medikamenten? Sichert der Markt die notwendigen Innovationen oder behindert er die effektive Bekämpfung von vorrangigen Gefahren für die öffentliche Gesundheit? Welche Herausforderungen ergeben sich aus der Notwendigkeit, die Pandemie als globales Phänomen zu bekämpfen?

Wann: Mittwoch, 17. Februar 2021 – 10 Uhr

Wo: Virtuell auf Zoom

Organisiert vom Wissenschaftsnetzwerk-Diskurs widmet sich das Mediengespräch aus sozialmedizinischer und (entwicklungs-)ökonomischer Perspektive. Unterfüttert mit evidenzbasierten Argumenten, werden grundsätzliche Probleme der aktuellen Gesundheitsversorgung mit Medikamenten und Impfstoffen erörtert und Vorschläge zu ihrer Neuorganisation präsentiert. Diese basieren einerseits, im Fall von Claudia Wild, auf

jahrelangen kontinuierlichen Arbeiten zum Thema.

Andererseits werden von der ÖFSE Werner Raza und Jan Grumiller insbesondere die Lage im Globalen Süden beleuchten. Dazu stellen sie Ergebnisse einer aktuellen Studie zu medizinischen/pharmazeutischen Wertschöpfungsketten vor und thematisieren die globale Dimension der Impfstoffdebatte. Das Gespräch liefert konkrete Zahlen zu den beträchtlichen finanziellen Mitteln, die von der öffentlichen Hand in die Entwicklung der Covid-19 Impfstoffe geflossen sind, aber auch Vorschläge für alternative Regelungsmodelle.

Inputs:

Priv.-Doz.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Claudia Wild (Sozialmedizinerin, Direktorin des Austrian Institute for Health Technology Assessment, **AIHTA**): Öffentliche Grundlagenforschung und privatisierte klinische Forschung: Voraussetzungen und Vorschläge für alternative Regelungsmodelle zum Status Quo

Dr. Werner Raza (Ökonom, Leiter der österreichischen Forschungstiftung für Internationale Entwicklung, **ÖFSE**): Wie kommen wir von Impfstoffnationalismus hin zu globaler Impfgerechtigkeit?

Dr. Jan Grumiller (Ökonom, wiss. Mitarbeiter der **ÖFSE**): Wie kann die Versorgungssicherheit mit medizinischen und pharmazeutischen Produkten in Zukunft gewährleistet werden?

Moderation: Dr. Manfred Krenn (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

> **Anmeldung**(Nach der Registrierung erhalten Sie automatisch den Link für die Teilnahme.)

> **Mehr Informationen**

Kontakt für Rückfragen:

Dr. Alexander Behr

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

M: +43 650-34 38 37 8

E: alexander.behr@univie.ac.at

Danyal Maneka

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

M: +43 650 30 11 27 3

E: maneka@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Podiumsdiskussion: DIGITALISIERUNG – FLUCH ODER SEGEN FÜR DEN GLOBALEN SÜDEN?

Philosophin und Wirtschaftspädagogin Martina Kainz, Historiker Thomas Spielbüchler (JKU) und Journalist Erhard Stackl zur Frage, ob die Digitalisierung Fluch oder Segen für den digitalen Süden ist, wer die GewinnerInnen und VerliererInnen der digitalen Revolution sind und wie eine gerechte digitale Zukunft aussehen könnte.

Dieser Vortrag findet am **Mi, 10.02.2021, um 19:00 Uhr** online statt und ist Teil der Vortragsreihe Denk.Mal.Global, bei der die Digitalisierung aus Südperspektive kritisch beleuchtet und ihr Nutzen, sowie ihr Risiko hinterfragt und diskutiert werden.

Die Teilnahme ist kostenlos.

Anmeldung: VHS Linz oder über denkmalglobal-teil4.eventbrite.com

ONLINE TALK: „QUO VADIS, HONGKONG?“

Am 29.01.2021 spricht der langjährigen ORF-Korrespondent **Raimund Löw** mit **“Reporter ohne Grenzen (RSF) Österreich“**-Präsidentin **Rubina Möhring** über die aktuelle Situation in Hong Kong.

Die Hongkonger Sicherheitsbehörden haben ihr Vorgehen gegen die Demokratie-Bewegung in der chinesischen Sonderverwaltungszone enorm verschärft. Immer wieder kommt es aber zu Demonstrationen. Die Menschen und natürlich auch die Medien kämpfen um ihr Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit. Die Überwachungsstrategie der Hongkonger Polizei hat indes eine neue Stufe erreicht. Mit einer eigens eingerichteten Telefon-Hotline werden EinwohnerInnen dazu angestiftet, Verstöße ihrer Nachbarn gegen das von Peking verhängte Gesetz zu melden. Dieses kriminalisiert jegliche Form politischer Unabhängigkeitsbestrebung von China.

Und nach dem Sieg von Joe Biden bei der US-Wahl und der

Angelobung Bidens: Was bedeutet das für das künftige Verhältnis von China zu den USA?

Außerdem wird auf den Fall der chinesischen Journalistin Zhang Zhan eingegangen, die wegen ihrer kritischen Berichte im Bezug auf Corona aus Wuhan im Frühjahr 2020 zu vier Jahren Haft verurteilt worden ist. Viele sprechen von einem Schauprozess, der abschreckende Wirkung erzeugen soll.

Diesem brisanten Thema widmet sich am **Fr. 29.01.2021, um 19 Uhr** der Zoom-Talk von „Reporter ohne Grenzen (RSF) Österreich“, dem Kuratorium für Journalistenausbildung und der Informationsstelle Journalismus und Entwicklungspolitik.

Für eine Teilnahme melden Sie sich bitte per Mail unter info@rog.at bis Do., dem 28.1.21, 12 Uhr an. Sie erhalten dann zeitgerecht Ihren Zoom-Teilnahme-Link.

Für Rückfragen:

Reporter ohne Grenzen (RSF) Österreich
Reporters Without Borders Austria
Helferstorferstraße 5, 1010 Wien
+43 664 254 68 47
info@rog.at